



# BÜRGER- VEREIN

## Duvenstedt / Wohldorf - Ohlstedt

---

Artikel für Publikation 60. Jubiläum 2020:

### **Keine zusätzlichen Haltestellen für Buslinie 478**

(hs) Mit Fahrplanwechsel am 10. Dezember 2017 wurde die Linienführung der Buslinie 478 von Tangstedt Schule über Duvenstedt nach Kayhude geändert. Die Hamburger Nachbargemeinde Tangstedt wollte die Anbindung der o. g. Ortschaften durch den ÖPNV insgesamt verbessern. Durch die Verlegung und eine erhöhte Zahl von Abfahrten sollten u. a. Anschlüsse an die Buslinien 176 und 276 in Duvenstedt und damit auch Anschlüsse an die U- und S-Bahn verbessert bzw. gewährleistet werden. Seitdem fährt der Bus von Wiemerskamp nicht mehr über den Wulksfelder Weg nach Duvenstedt sondern über den Duvenstedter Triftweg. Zwischen der letzten Haltestelle in Wiemerskamp bis zur ersten Haltestelle in Duvenstedt liegen etwas mehr als 5 km, dazwischen gibt es keine. Ungefähr auf der Hälfte dieser Strecke fährt der Bus entlang der Wohnsiedlung Wohldorf mit dem BrookHus, dem Informationszentrum des Naturschutzgebietes Duvenstedter Brook und dem Wohldorfer Hof. Was liegt da näher als eine zusätzliche Bushaltestelle in diesem Bereich, denken sich Anwohner und Politiker\*innen.

Daher bat der Regionalausschuss Walddörfer auf Veranlassung des Bürgervereins schon am 06. Juli 2017 den Hamburger Verkehrsverbund zu prüfen, „welche Möglichkeiten für die Einrichtung einer Haltestelle im Duvenstedter Triftweg in der Höhe der Schäferkoppel“ es gäbe. Außerdem baten sie um Prüfung, ob es möglich wäre, eine weitere „Haltestelle zum Umsteigen im südlichen Bereich des Duvenstedter Triftweges“ zum Übergang in den Bus 176/276 einzurichten. Sinn der letzteren wäre, dass Nutzer nicht erst 500 m nach Duvenstedt hineinfahren müssen, um dann dort in den Bus in die Gegenrichtung nach Ohlstedt umzusteigen.

Auch die Bezirksversammlung Wandsbek befasste sich im Juli 2017 mit der Thematik. Die Vorlage für eine Zurkenntnisnahme waren der oben zitierte Beschluss des Regionalausschusses ergänzt um die Stellungnahme der Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation (BWVI). Die BWVI schreibt: ... „Mit diesem neuen Angebot werden über einen Zeitraum von zwei Jahren zunächst Erfahrungen gesammelt, ob und in welchem Umfang diese Fahrten von der Bevölkerung vor Ort angenommen werden. Über die dauerhafte Einrichtung dieses Verkehrsangebotes wird zu einem späteren Zeitpunkt entschieden. Die Haltestellen Trilluper Weg und Duvenstedt Lohe werden ab dem Fahrplanwechsel sowohl von der Buslinie 478 auf dem neu eingerichteten Linienweg als auch von den Buslinien 176 und 276 bedient. Entsprechende Umsteigemöglichkeiten bestehen daher an den genannten Haltestellen. Über die Einrichtung weiterer Haltestellen im Duvenstedter Triftweg kann erst nach Abschluss der Erprobungsphase eine Entscheidung getroffen werden.“

Diese Antwort verblüfft. Denn wie kann man prüfen, ob eine Buslinie „vor Ort angenommen“ wird, wenn man gerade in der Erprobungsphase vorgeschlagene neue Haltestellen gar nicht einrichtet? Wie soll man je herausbekommen, ob sich eine Haltestelle lohnt, wenn man sie gar nicht einrichtet? Im Oktober 2017 berichtete auch das HEIMAT-ECHO über den Wunsch der Bürger\*innen nach zu-

sätzlichen Haltestellen im Duvenstedter Triftweg.

Im April 2018 nahm der Bürgerverein mehrmals telefonisch und schriftlich Kontakt mit dem Kundendialog HVV auf. Im Juni 2018 gab es dann endlich folgende Nachricht: ... „Die Kosten für diesen Busverkehr der Linie 478 trägt während des Versuchszeitraums der Kreis Stormarn komplett. Auf der Grundlage der Fahrgastnachfrage und der Nutzung dieses Angebots wird die Einschätzung getroffen, ob dieses Angebot dauerhaft im HVV eingerichtet wird. Daher bitten wir Sie um Verständnis, dass uns während dieses Probebetriebes keine finanziellen Mittel zur Verfügung stehen, um weitere Haltestellen einzurichten. Erst wenn sich dieses Angebot dauerhaft etabliert, besteht die Möglichkeit, neue Haltestellen in die weiteren Überlegungen mit aufzunehmen.“

Wussten das die Bezirkspolitiker\*innen gar nicht? Hat man sie nicht entsprechend informiert, dass gar kein Geld vorhanden ist? Und warum ist es möglich und durchaus üblich, bei Straßenbauarbeiten innerhalb Hamburgs Bushaltestellen vorübergehend kostengünstig zu verlegen? Kann man sie nicht in gleicher Weise provisorisch einzurichten?

Nach einer weiteren Eingabe des Bürgervereins an die Verkehrsbetriebe Hamburg-Holstein GmbH (VHH) im Juni 2019, in dem der gesamte bisherige Sachverhalt noch einmal im Zusammenhang dargelegt wurde, und neben dem VHH auch die Bezirksversammlung Wandsbek und der HVV zur Kenntnis gegeben wurde, gab es im Juli 2019 folgende Antwort vom VHH: „Ihr Anliegen bezüglich der Linie 478 wurde bereits zwischen unserer Fachabteilung und dem HVV besprochen. Bevor wir ein abschließendes Ergebnis haben, muss dieses unsererseits noch mit dem entsprechenden Aufgabenträger abgesprochen werden. Dieser Termin steht jedoch noch aus. Wir müssen Sie leider noch um etwas Geduld bitten.“

Am 21. Oktober 2019, also kurz vor Ablauf der zweijährigen Erprobungsphase, erhielt der Bürgerverein vom VHH die abschließende Benachrichtigung: „Bezüglich der Buslinie 478 müssen wir Ihnen leider mitteilen, dass der HVV die von Ihnen gewünschte Änderung leider nicht bestellt hat. Demnach verkehrt die Buslinie 478 nach dem Fahrplanwechsel in der bestehenden Form weiter.“ Also ab Dezember 2019 ohne zusätzliche neue Haltestellen. Dem Bürgerverein gegenüber äußern sich Anwohner weiterhin ratlos und enttäuscht.

Der Bürgerverein fragt sich abschließend, ob die Bezirkspolitik jemals informiert worden ist, dass die BWVI und der HVV auch nach Abschluss der Probezeit nicht beabsichtigen, den Beschluss der Bezirksversammlung und dem Begehren des Bürgervereins Duvenstedt/Wohldorf-Ohlstedt zu entsprechen? Woraus kann man schließen, dass die Interessen dieser beiden Institutionen jemals von der Verwaltung, in diesem Fall BWVI, tatsächlich ernst genommen wurden? Wer ist in Hamburg eigentlich politischer Entscheider und wer ist ausführendes Organ? Dieses ist nur ein Beispiel von mehreren Fällen, bei denen der Bürgerverein die Erfahrung machen musste, dass Teile der Verwaltung glauben, Beschlüsse und Erwartungen von Lokal- und Regionalpolitik nicht erfüllen zu müssen und sie durch belanglose Antworten abzuspeisen zu können statt sie bei gegenteiligen Ansichten zumindest sachgerecht und respektvoll unaufgefordert zu unterrichten.

27.04.2020